



STADT COTTBUS
CHÓŠEBUZ

Erklärung der hauptamtlichen Stadtverwaltung der Stadt Cottbus/Chóšebuz und deren Eigenbetriebe

Präambel

Cottbus/Chóšebuz ist unsere gemeinsame Heimat. Jeder Mensch soll in Cottbus/Chóšebuz sicher und in Würde leben können. Gemeinsam wollen wir friedlich darüber diskutieren, wie wir in unserer Stadt zusammenleben möchten. Cottbus/Chóšebuz möchte für alle ein Zuhause sein, die sich zur freiheitlich demokratischen Grundordnung und somit zum Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland bekennen. Cottbus/Chóšebuz will ein Ort sein, an dem jede und jeder, unabhängig von Herkunft, Geschlecht, sexueller Orientierung, Religion, Behinderung und Alter die gleichen Rechte auf Teilhabe am lokalen gesellschaftlichen Leben hat. In Cottbus/Chóšebuz sollen alle Menschen willkommen sein, die in unserer Stadt respektvoll, friedlich und solidarisch miteinander leben und diese mitgestalten wollen. Aber wir sagen auch sehr deutlich, dass alle, die sich einem ideologisch oder religiös begründeten Extremismus, Rassismus oder Antisemitismus verschrieben haben, bei uns in Cottbus/Chóšebuz nicht willkommen sind.

Auf Basis dieser Präambel bekennen sich die hauptamtliche Stadtverwaltung der Stadt Cottbus/Chóšebuz und deren Eigenbetriebe zu folgenden Grundsätzen:

Bekennnisse

Demokratie ist kein Normalzustand, sondern muss immer wieder neu erarbeitet, erstritten und erkämpft, aber auch geschützt und bewahrt werden. Pluralistische Gesellschaften wie die unsere stehen vor der Herausforderung, vielen Menschen mit unterschiedlichen Lebensperspektiven Raum und Aufmerksamkeit zu geben. Um gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stabilisieren und Diversität anzuerkennen ist gegenseitiger Respekt auf Basis von Vielfalt, Weltoffenheit, Demokratie und Teilhabe erforderlich. Wir alle werden täglich unsere Bereitschaft erneuern, dafür einzutreten.

Extremismus jeglicher Art und ideologischer Grundierung, zuvorderst der Rechtsextremismus ist unverändert die größte Gefahr für die Demokratie und die Freiheit in Deutschland. Mitten im Strukturwandel gefährdet er zudem die Ansiedlung von nationalen und internationalen Unternehmen sowie den dringend benötigten Zuzug von Menschen in die Region. Schon heute sind wir auf zusätzliche Fach- und Arbeitskräfte angewiesen.

Wir bekennen uns zur freiheitlichen, demokratisch organisierten Gesellschaft und sind überzeugt von der Gleichheit und der Unantastbarkeit der Würde aller Menschen.

Wir übernehmen Verantwortung für die Gegenwart, aber auch für die aus der Vergangenheit erwachsenen historischen Verpflichtungen. Der Schutz jüdischen Lebens erfährt dabei besonderes Augenmerk.

Wir verurteilen jede Form von politischem und religiösem Extremismus. Rechtsextremismus ist kein Protest besorgter Bürgerinnen und Bürger, sondern ein Angriff auf die bürgerliche parlamentarische Demokratie. Die rechtsextremistische Szene nutzt mehr und mehr legale Möglichkeiten, sich auszubreiten und gesellschaftlich zu verankern.

Der Kampf gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus bedarf eines aktiven Handelns sowie eines engen Zusammenwirkens aller gesellschaftlichen Kräfte. Lokale Politik und Stadtverwaltung unterstützen die Weiterentwicklung und Umsetzung des Handlungskonzeptes gegen Rechtsextremismus, sowie zivilgesellschaftliches Engagement, um rechtsextreme Ideologien und Einstellungen zurückzudrängen.

Das Eintreten für Demokratie, Freiheit, Vielfalt und Menschenwürde bleibt unsere gemeinsame Aufgabe. Nötig ist deshalb eine klare Haltung jedes/jeder Einzelnen am Arbeitsplatz, im Wohngebiet, im Verein, in der Familie, unter Freunden und in der hauptamtlichen Stadtverwaltung. Wir appellieren an die besondere Verantwortung von Eltern und Großeltern, von Lehrkräften, Erzieherinnen und Erziehern, Übungsleitern, religiösen Gemeinschaften, Belegschaften und Vereinen. Mit Betroffenen von Ausgrenzung, Diskriminierung und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wollen wir uns solidarisch zeigen und sie unterstützen.

Denn unser gemeinsames Ziel ist eine inklusive Stadtgesellschaft, welche die Teilhabe aller gesellschaftlichen Gruppen fördert und aktiv unterstützt. Nur dann hat Cottbus/Chósebus eine gedeihliche Zukunft.



Oberbürgermeister
für die hauptamtliche Stadtverwaltung